

22 - 1590

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
Herrn Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 19. Oktober 2023

Selbständiger Antrag

des Landtagsabgeordneten Markus Ullram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Verantwortung und volle Transparenz im Finanzhaushalt des Landes Burgenland

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Verantwortung und volle Transparenz im Finanzhaushalt des Landes Burgenland

Die SPÖ-Alleinregierung hält offensichtlich wenig von Transparenz. Zahlreiche Versuche der ÖVP hier im Landtag, Licht ins Dunkel zu bringen, wurden von der SPÖ-Absoluten bis zur Unkenntlichkeit abgeändert.

Bis heute kennen wir nicht das tatsächliche Ausmaß der Verschuldung des Landes. Die Eröffnungsbilanz strotzt laut Bericht des Landes-Rechnungshofes (Zahl: 22-741) von Mängeln und Fehlern. Der BLRH hat in seinem Prüfbericht in der Eröffnungsbilanz des Landes nämlich gravierende Mängel in der Finanzbuchhaltung des Landes festgestellt. Es wurden Mängel bei der Dokumentation und Qualitätssicherung der Landesfinanzen und die Nichteinhaltung von Grundsätzen der Buchhaltung festgestellt und grundlegender Handlungsbedarf geortet. Der BLRH hat festgestellt, dass Buchungen ohne Belege erfolgt sind. Die SPÖ-Alleinregierung hat es bis dato verabsäumt, diese Missstände im Finanzhaushalt des Landes aufzuklären.

Ebenso wirft der BLRH-Prüfbericht in der Causa BELIG (Zahl: 22-535) kein gutes Licht auf den Finanzhaushalt des Landes. Dieser Bericht wurde vom BLRH sogar direkt an die Staatsanwaltschaft übermittelt, die in dieser Causa noch immer ermittelt. Die politische Verantwortung liegt ausschließlich bei SPÖ-Politikern, nämlich Landeshauptmann Doskozil und Landesrat Dorner. Der BLRH hat hier zahlreiche Verfehlungen bei Gehalts- und Prämienzahlungen festgestellt und offensichtlich wurde Landesvermögen verscherbelt.

In einem Prüfbericht des Bundesrechnungshofes (Zahl: 22-1441) wurde der Verkauf der landeseigenen Reinigungsfirma des Landes FMB genau unter die Lupe genommen. Dieser hat festgestellt, dass die FMB an einen roten Parteifreund verkauft wurde, denn der Kaufpreis lag deutlich unter dem Unternehmensmindestwert gemäß dem beauftragten Wertgutachten von Ernst & Young (E&Y). Der Unternehmenswert lag nämlich bei bis zu 733.500 Euro, verkauft wurde schließlich um 180.793 Euro.

Diese Prüfberichte zeigen deutlich den sorglosen Umgang des Landes beim Finanzhaushalt. Dies wurde vom BLRH auch im Prüfbericht Finanzschulden „Konzern Burgenland“ (Zahl: 22-1200) bestätigt. Dieser Bericht wirft nämlich kein gutes Bild auf die Landesfinanzen. 1,8 Milliarden Euro Schulden wurden vom BLRH festgestellt und bedeuten einen historischen Höchststand, das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 6.000 Euro. Zwei Drittel dieser Schulden betreffen die Landesholding, wo es keine Einsichts- und Überprüfungsöglichkeiten des Landtages gibt. Der Großteil der Kredite ist endfällig. Rund 470,70 Millionen Euro sind erst ab dem Jahr 2032 endfällig. Allein im Jahr 2036 muss das Land 251 Millionen Euro zurückzahlen. Eine Ansparform fehlt dazu. Durch die Zinsswaps (Spekulationsgeschäfte) sind dem Land bereits 99 Millionen Euro an Verlusten entstanden, laut Rechnungshof drohen weitere Verluste von rund 95 Millionen Euro. Ob und bis wann ein Ausstieg aus den hochriskanten Zinstauschgeschäften möglich ist, wissen nur wenige.

Weiters vergeht derzeit kaum ein Tag, an dem nicht eine große, folgenreiche und teure Ankündigung des Landeshauptmannes getroffen wird. Die Prestigeprojekte der SPÖ-Alleinregierung wie der Bio-Wahn, der Mindestlohn, die Blockflöte und Landesski müssen durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler finanziert werden. Ein funktionierendes Pflegesystem wurde zerschlagen. Unter Doskozil wurden unzählige neue Steuern geschaffen, wie die Erhöhung der ORF-Gebühr, die Einführung der umstrittenen Baulandmobilisierungsabgabe, die Stromsteuer für Photovoltaik- und Windkraftanlagen, die Erhöhung der Jagdabgabe und die Nächtigungssteuer im Tourismus. Diese Steuern haben nur einen Zweck, nämlich die leeren Kassen des Landes zu füllen.

SPÖ-Landeshauptmann Doskozil ist bekannt für seinen lockeren Umgang mit Steuergeld. Es wurde bekannt, dass das Land 200.000 Sektflaschen angekauft hat. Unter anderem sollten 400 Busse im Gesamtwert von bis zu 160 Millionen Euro über die eigene Landesgesellschaft – somit wieder vorbei an der Kontrolle des Landtages – angeschafft werden. Stolze 60 Millionen sEuro sollten in Doskozils Immobilienprojekte fließen und so an externe Planer gezahlt werden. Diese Ausschreibung wurde vom Landesverwaltungsgericht als unionsrechtswidrige Gebietsbeschränkung gesehen und als nichtig erklärt. Diese Politik treibt das Burgenland in den finanziellen Ruin und

ist spätestens seit der Veröffentlichung des Rechnungshofberichtes zu den Landesschulden verantwortungslos.

Die Verstaatlichung von privatwirtschaftlich gut funktionierenden Betrieben nimmt volle Fahrt auf und es kommt zu zahlreichen Neu- sowie Umgründungen von Landesgesellschaften. In diesen Gesellschaften werden vorbei am Landtag zahlreiche neue hochdotierte Posten geschaffen. Für die Vorstände des landeseigenen Stromversorgers Burgenland Energie regnet es hohe Gagen, sie sollen über 30.000 Euro pro Monat verdienen. Dafür wurde in einer Nacht-und-Nebel-Aktion sogar die Vertragsschablone per Verordnung geändert. Unlängst wurden für die Gesundheit Burgenland, vormals KRAGES, ein medizinischer und kaufmännischer Leiter gesucht und auch die Landesholding selbst soll künftig mit zwei gut dotierten Geschäftsführern die Verstaatlichung vorantreiben.

Vor kurzem wurde bekannt, dass SPÖ-Landeshauptmann Doskozil die Therme Stegersbach inklusive Hotel kaufen will. Über die Kosten gibt es keine Einigung. Angesichts der eklatanten Rekordverschuldung des Landes ist die Vorgehensweise von SPÖ-Landeshauptmann Doskozil rund um den Kauf der Therme Stegersbach mehr als fragwürdig. So agiert kein umsichtiger Kaufmann. Es scheint, als ob Doskozil keinerlei finanzielle Überlegungen oder Strategien berücksichtigt, sondern einfach auf gut Glück handelt.

Die Burgenländerinnen und Burgenländer haben als Steuerzahler das Recht, Informationen darüber zu bekommen, was mit ihrem Steuergeld passiert. Dies betrifft aber nicht nur die Landesverwaltung, sondern insbesondere alle Vorgänge in ausgegliederten Gesellschaften, die im Eigentum des Landes stehen. In der Amtszeit von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil kommt es zu einem Wildwuchs bei der Gründung von Gesellschaften.

Offensichtlich werden die Warnungen des BLRH und der Opposition in den Wind geschlagen und Doskozil glaubt wieder einmal, es besser zu wissen. Diese Selbstüberschätzung des Landeshauptmannes und Finanzreferenten versetzen das Land Burgenland in eine gefährliche Situation oder gar in Alarmzustand und schadet dem Land langfristig. Die SPÖ steuert das Burgenland mit Vollgas auf ein finanzielles

Fiasko zu. Angesichts der angespannten finanziellen Lage im Burgenland ist es höchste Zeit, das Rauswerfen von Steuergeldern zu beenden. Deshalb muss dringend gegengesteuert und vorausschauend geplant werden. Um jedoch vorausschauend planen zu können, braucht es dringend mehr Transparenz und die Einbindung aller politischen Kräfte im Land. Daher muss dringend der Ist-Stand erhoben und ein Kassasturz durchgeführt werden. Anschließend können konkrete Planungen in Form eines Budget-Gipfels mit den im Landtag vertretenen Parteien, mit den Sozialpartnern und den verantwortlichen Regierungsmitgliedern erarbeitet werden. Wir fordern eine umgehende Kurskorrektur und einen Richtungswechsel zu verantwortungsbewusstem Handeln beim Finanzhaushalt, das die Zukunft des Burgenlandes und seiner Bürgerinnen und Bürger nicht leichtfertig aufs Spiel setzt.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung, insbesondere der Landeshauptmann und Finanzreferent, wird aufgefordert,

- die tatsächliche finanzielle Lage und die Überschuldung des Landes detailliert gegenüber dem Landtag und den Burgenländerinnen und Burgenländern offenzulegen,
- sämtliche Steuereinnahmen des Landes zu evaluieren und Verbesserungen für die Burgenländerinnen und Burgenländer herbeizuführen,
- die Verstaatlichung zu stoppen, denn das Land ist nicht der bessere Unternehmer,
- die Abzocke durch neue Landessteuern zum Füllen der leeren Landeskassen umgehend zurücknehmen,
- sowie einen seriösen Finanzplan bis 2028, unter Einbindung aller politischen Kräfte, zu erstellen.